

AußenwirtschaftsNews – USA

12/2025

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur

- Der Government Shutdown wirkt sich weiterhin auf die Veröffentlichung offizieller Konjunkturdaten aus. Es liegen nur ausgewählte Indikatoren und nur Daten bis September vor. Arbeitsmarktdaten für November sollen Mitte Dezember veröffentlicht werden.
- Im September wurde ein leichter Stellenzuwachs verzeichnet, der größtenteils auf Veränderungen im Gesundheitssektor zurückzuführen ist. Damit ist schon seit April nur ein leichter Stellenzuwachs in weiten Teilen der Wirtschaft zu beobachten. Das gilt auch für das Produzierende Gewerbe. Gleichzeitig stieg im September die Arbeitslosenquote auf 4,4 Prozent. Die Löhne sind im September leicht gestiegen.
- Der Erzeugerpreisindex stieg im September im Vergleich zum Vormonat um 0,3 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte er sich um 2,7 Prozent. Der Anstieg wurde vor allem von Energiekosten getrieben.
- Die Gesamtinflation stieg im September ebenso wie die Kerninflation auf 3,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr.
- Das Verbrauchervertrauen in den USA ist im November zum vierten Mal in Folge leicht zurückgegangen. Insbesondere die hohen Lebenshaltungskosten und die unsichere Arbeitsmarktsituation wirken sich negativ auf das Verbrauchervertrauen aus. Die Angst, innerhalb der nächsten fünf Jahre den Job zu verlieren, ist gestiegen.
- Die Federal Reserve Bank (FED) könnte Anfang Dezember erneut den Leitzinssatz anpassen. Die FED betonte zuletzt jedoch, dass eine weitere Absenkung des Leitzinses vor Jahresende keinesfalls selbstverständlich sei. Wegen des Government Shutdowns werden auch der FED im Dezember nicht alle Wirtschaftsindikatoren vorliegen.

2 Handels- und Zollpolitik

- **Zusatzzölle auf Stahl und Aluminium:** Die Einigung im Zollstreit zwischen der Europäischen Union und den USA vom August hatte keine Anpassung der Zusatzzölle auf Stahl und Aluminium (Section-232-Zölle) gebracht. Die Verhandlungen in diesem Bereich dauern an. Die USA drängen vor allem auf Anpassungen der europäischen Digitalpolitik.

Die Vereinigten Staaten haben darüber hinaus Änderungen der Europäischen Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) sowie der europäischen Klimapolitik und die Änderung von Lebensmittelstandards gefordert. Ende November betonten die USA, dass die Europäische Union Zölle auf US-Exporte wie vereinbart senken müsse, bevor über weitere Zollanpassungen gesprochen werden könne. Die Europäische Kommission hat die Zollsensungen bereits auf den Weg gebracht. Aktuell durchlaufen die Verordnungen den Gesetzgebungsprozess und werden im Europäischen Parlament diskutiert.

- **Bilaterale Handelsabkommen:** Die US-Regierung hat mit der Schweiz und Liechtenstein eine Einigung im Zollstreit erzielt. Bislang wurde nur eine Absichtserklärung veröffentlicht. Die rechtskräftige Umsetzung der getroffenen Vereinbarung steht aus. Die Absichtserklärung ähnelt dem Zolldeal zwischen EU und USA: Für den Großteil der Exporte aus der Schweiz und Liechtenstein soll ein allgemeiner Zollsatz von 15 Prozent gelten. Bei Zöllen auf Stahl und Aluminium konnte keine Einigung erzielt werden, sodass die Zusatzzölle von 50 Prozent weiter gelten. Entscheidend ist die tatsächliche rechtliche Umsetzung der Vereinbarung.
- **Senkung von US-Zöllen auf Agrarimporte:** Die USA haben die „reziproken“ Zölle auf bestimmte Agrarimporte wie Rindfleisch und Obst gesenkt. Importe aus der Europäischen Union sind wegen der Einigung vom August nicht von den Anpassungen betroffen. Die Anpassung der Zölle erfolgte, nachdem die Verbraucherstimmung in den USA wegen hoher Lebenshaltungskosten bereits seit mehreren Monaten schlecht ist. Lebensmittelpreise zählen zu den zentralen Treibern der Inflation. Politiker der Demokraten konnten Anfang November Wahlen für sich entscheiden, nachdem sie unter anderem die hohen Lebenshaltungskosten im Wahlkampf thematisiert hatten.
- **Strategische Partnerschaften zu kritischen Rohstoffen:** Die USA haben eine strategische Partnerschaft mit Saudi-Arabien zu kritischen Rohstoffen und seltenen Erden geschlossen. Saudi-Arabien gehört zu den Ländern mit den größten Vorkommen seltener Erden weltweit. Die USA wollen mit den Vereinbarungen den Zugang zu seltenen Erden sichern und Verarbeitungskapazitäten außerhalb Chinas fördern. Die Partnerschaft mit Saudi-Arabien ist die letzte in einer Reihe solcher bilateralen Vereinbarungen zwischen den USA und anderen Staaten.

3 Allgemeine Politik

- **Demonstrativer Rückzug der USA aus internationalen Institutionen:** Die USA sind dem G20-Gipfel in Südafrika ferngeblieben, obwohl sie 2026 den Vorsitz der Staatengruppe übernehmen. Indes bezeichnete Präsident Trump sein Treffen mit dem chinesischen Präsidenten Xi als „G2-Treffen“. Die Bezeichnung war von den USA in der Vergangenheit gemieden worden, da sie ein Machtgleichgewicht zwischen den USA und China impliziert und traditionelle Partner der USA ausschließt.
- **Genesis Mission zur Förderung von KI:** Die USA haben mit der „Genesis Mission“ eine nationale Initiative zur Förderung von künstlicher Intelligenz in Forschung und Entwicklung ins Leben gerufen. Kernelement ist eine nationale Datenplattform, die

Datenbestände staatlicher Forschungsinstitutionen zusammenführen soll, außerdem soll die für KI notwendige Infrastruktur ausgebaut und für die Mission genutzt werden. Zu den Partnern gehören staatliche Stellen und Privatwirtschaft. Der entscheidende Unterschied zu privaten Initiativen sind die Daten. Private KI-Initiativen greifen i. d. R. auf Daten aus dem Internet zurück, um ihre Modelle zu trainieren und können nicht auf einen großen Fundus hochwertiger Daten aus der Wissenschaft zurückgreifen. Das für die Initiative zuständige Energieministerium hat [angekündigt](#), dass sie für die Wirtschaft geöffnet werden soll, allerdings sind dazu noch keine weiteren Details bekannt.

- **Angespannte Beziehung zu Venezuela:** Die Beziehung zwischen den USA und Venezuela bleibt angespannt. Die US-Regierung hatte der Regierung und Präsident Maduro in den vergangenen Monaten regelmäßig vorgeworfen, korrupt und Teil eines Drogenkartells zu sein. Gleichzeitig hat die Trump-Regierung verkündet, dass man sich in einem bewaffneten Konflikt mit Drogenkartellen befinde und eine Belohnung für Informationen ausgelobt, die zur Festnahme Maduros führen. Die USA haben im großen Stil Truppen in die Region verlegt und bereits mehrfach in der Karibik Boote versenkt, deren Insassen angeblich venezolanische Drogenschmuggler gewesen sein sollen. Zuletzt zeigte die US-Regierung zunehmende Bereitschaft, das Militär auch an Land gegen Kartelle einzusetzen.
- **Neubewertung von Menschenrechtsverstößen:** Die USA wollen beim Bewerten der weltweiten Menschenrechtssituation unter anderem Gleichstellungsprogramme, das „Ermöglichen von Massenmigration“ und die Rede- und Meinungsfreiheit einschränkende Regulierung als Menschenrechtsverstöße werten. Der letzte Punkt zielt auch auf Digitalgesetzgebung und die Regulierung von Onlineplattformen ab. Schon im letzten Bericht hatte die US-Regierung behauptet, dass sich die Menschenrechtssituation in Deutschland und anderen europäischen Ländern verschlechtert hätte. Grund war die Digitalgesetzgebung, die ein Vorgehen gegen Hassrede im Internet ermöglichen soll. US-amerikanische Entscheidungen über Sanktionen gegen Staaten, Migrationspolitik und Hilfsprogramme stützen sich in Teilen auf den jährlich erscheinenden Bericht.

Ansprechpartner

Marion Zilker

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482
marion.zilker@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Christoph Kolle

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 917-216-9569
christoph.kolle@vbw.com
www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.